

Presseinformation



Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 165.22 / 01.09.2022

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 15+19+41+45 – Freiwilligendienste ausbauen
- Ehrenamt stärken

Dazu sagt die ehrenamtspolitische Sprecherin der
Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Nelly Waldeck:

Wir möchten allen Menschen ermöglichen, Ehrenämter zu übernehmen

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
sehr geehrte Gäste,
liebe Kolleg*innen,

Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind aus unserer Gesellschaft nicht wegzudenken. Sie sind für beide Seiten ein Gewinn: Für diejenigen, die sich freiwillig einbringen, schaffen sie neue Gemeinschaften und Möglichkeiten, Neues zu lernen, sich auszuprobieren oder Verantwortung zu übernehmen. Für diejenigen, die das Ehrenamt erreicht, ist es oft nicht nur hilfreich, sondern notwendig für ein sicheres, unbeschwertes Leben, sei es durch Brandschutz, Pflege oder Umweltschutz. Ehrenamt und freiwilliges Engagement sind ein Grundpfeiler unserer Gemeinschaft, weil sie den bedingungslosen Zusammenhalt, das Füreinanderdasein stärken.

Doch genau diese Aspekte gehen bei einem Pflichtjahr verloren. Das Wertvolle am Ehrenamt ist die Freiwilligkeit. Eine Verpflichtung, ein Jahr unterbezahlt zu arbeiten, ist eben kein freiwilliger Beitrag für eine solidarische Gesellschaft, da das Engagement nicht mehr aus dem persönlichen Interesse heraus, etwas für andere tun zu wollen, entsteht.

Frank-Walter Steinmeier hat vor einiger Zeit die Diskussion um ein gesellschaftliches Pflichtjahr angestoßen. Er ist damit nicht der Erste und wird nicht der Letzte sein. Seit dem Wegfall der Wehrpflicht und des Zivildienstes wird diese Debatte immer wieder auf den Tisch geholt, gerne von Menschen, die lange aus dem Alter eines Pflichtdienstes sind oder selbst positive Erfahrungen mit dem Jahr gemacht haben.

Ein freiwilliges Jahr kann den Erfahrungshorizont maßgeblich erweitern. Es kann eine Zeit für persönliches Wachstum oder Berufsorientierung sein, aber das muss es nicht zwangsläufig sein. Viele junge Menschen haben ihren Ausbildungsweg klar im Visier und können nicht abwarten, damit zu starten. Für viele junge Menschen ist nach zwölf Jahren

Schule der Wunsch nach Selbstbestimmung, nach dem Verfolgen der eigenen Ziele größer denn je. Wer etwas tun muss, weil ein Gesetz das vorsieht, hat nicht die gleiche Motivation wie jemand, der dasselbe freiwillig tut. Und aktuell fehlt es uns an Plätzen, nicht an Freiwilligen. Allein auf die 180 Plätze für ein freiwilliges ökologisches Jahr im Nationalpark Wattenmeer gehen jährlich mehr als 900 Bewerbungen ein.

Wir sind uns in der Koalition einig, dass Ehrenamt und freiwilliges Engagement ein elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft sind und wir es durch sinnvolle Maßnahmen stärken möchten. Deshalb werden wir gemeinsam mit Ehrenämter*innen sowie Freiwilligendienstleistenden die Ehrenamtsstrategie weiterentwickeln und dabei die Herausforderungen und Bedarfe aller Ehrenämter berücksichtigen. Wir sind uns uneinig, ob ein Pflichtdienst dabei ein richtiger Weg zur Stärkung des Ehrenamtes ist.

Statt eine Debatte in den Bund zu tragen, die zur aktuellen Zeit nicht zielführend ist, fokussieren wir uns vor allem darauf, die Herausforderungen in Ehrenämtern und Freiwilligendiensten direkt zu begegnen. Wir brauchen mehr Plätze, bessere Rahmenbedingungen sowie die wichtige und notwendige finanzielle Anerkennung für den Freiwilligendienst sowie für Ehrenämter allgemein. Wir möchten allen Menschen ermöglichen, Ehrenämter zu übernehmen und Barrieren abbauen, sich zu engagieren. Finanzielle Gründe sollen kein Hemmnis für Ehrenamt und Freiwilligendienst sein. Dazu wollen wir auf Bundesebene mehr finanzielle Unterstützung für Freiwilligendienstleistende erwirken. Beispielsweise durch Hilfe bei Miete und Verpflegung, aber auch durch die Finanzierung der Ausnahme aus der Rundfunkbeitragspflicht. Außerdem haben wir uns geeinigt, ein kostengünstiges ÖPNV-Ticket auf den Weg zu bringen. Auch durch höhere Freibeträge machen wir Ehrenämter leichter zugänglich, insbesondere auch in der Kommunalpolitik und schaffen finanzielle Erleichterungen für das Engagement.

Unsere Gesellschaft funktioniert nur durch Engagement, durch die vielen Menschen, die bereit sind, über ihre Arbeit hinaus einen Beitrag für eine sozialere oder ökologischere Welt zu tätigen. Deshalb ist es so wichtig, ein Signal aus der Politik zu senden, dass wir diese wertvolle Arbeit anerkennen und sie unterstützen.
